

Eine Rede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

Zur Neulerchenfeld hat gestern in einer Versammlung der Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede, in welcher er u. a. ausführte:

Die Arbeiter tragen schwere Last im Kriege, sie arbeiten ohne Rast und Ruhe, vielfach über ihre Kräfte, aber ein Großteil verdient reichlich Lohn und kann sich und Familie noch erhalten. Eine größere und schwerere Kriegslast ist den breiten Schichten des Mittelstandes aufgebürdet, insbesondere dem großstädtischen Mittelstande, dem Handwerker, dem Kleinläufmann, dem kleinen Hausbesitzer und der großen Klasse der geistigen Arbeiter, den Festbesoldeten. Die Not und der Druck der Kriegszeit wird noch erhöht durch die seelische Depression über unsere trostlose innerpolitische Lage, durch die unsichere, schwankende Haltung der Regierung und ihre wiederholten Mißgriffe in der Ernährungsfrage und durch das Herabsinken auch sozial höher stehender Mittelständler aus der gewohnten Lebenshaltung in proletarische Verhältnisse. Umso größere Anerkennung verdient daher die Geduld und Opferwilligkeit unserer Wiener Bevölkerung; Männer und Frauen wetteifern! Gut ab vor ihnen! Daneben macht sich allerdings ein erbärmliches Prozedentum breit, das diesen ungeligen, männermordenden Krieg als ein gutes Geschäft ansieht, als eine Quelle fetter Gewinne. Ich verleihe auch nicht die schweren sittlichen Schäden, welche durch diese Gesellschaft in die deutsche christliche Bevölkerung Wiens getragen werden. Schwer ist die Zeit und gewaltig, wehe, wenn wir gewachsen nicht sind, wie sollten den Riesenkampf wir bestehen! Wir Deutsche müssen den Kampf bestehen! Als Österreicher sind wir geboren, Österreicher wollen wir bleiben! Wir sind treue Söhne unseres deutschen Volkes und ich erkenne es als eine der wichtigsten Programmpunkte unserer Parteirichtung zusammenhalten und das Wort Uttinghausens: Seid einig! getreulich befolgen.

Wir Deutsche legen offen und ehrlich unser Bekenntnis zum Staate ab, verwahren uns daher gegen alle Bestrebungen der Tschechen und Südslawen, welche auf die Zerstückelung Österreichs hinarbeiten. Wir bekennen uns aber ebenso offen zum Ausbau unseres Bündnisses mit Deutschland, dessen Vertiefung in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung uns notwendig erscheint. Wir verlangen

endlich eine Regierung, die mit starker Hand und unbedingtem ersten Willen das Steuer des Staates lenkt und einsieht, daß den Deutschen die führende Rolle im Reiche gebührt. Wir verlangen eine Regierung, die mit sozialem Verständnis die Wunden, die der Krieg in der Volkswirtschaft geschlagen hat, sich zu heilen bemüht.

Wir verlangen eine Regierung, die mutig dem Parlament entgegentritt. Ich würde die Ausschaltung des Parlaments nicht nur als einen schweren Fehler der Regierung Seidlers, sondern auch als ein Unglück für den Staat betrachten. Ich hoffe aber auch, daß die deutschen Abgeordneten im wohlverstandenen eigenen Interesse, im Interesse der Bevölkerungskreise, die sie vertreten, nichts unternehmen, was sie an der Einschaltung des Parlaments mitschuldig erscheinen ließe.

Die Regierung braucht das Parlament nicht nur zur ordnungsmäßigen Erledigung des Budgetprovisoriums, nicht nur für die Bewilligung der Kriegskredite, sie braucht das Parlament auch für alle jene Maßnahmen, welche im Gefolge des Krieges zur Beseitigung sozialer Mißstände erforderlich sind. Ich verweise auf die Arbeiten des deutschen Reichstages. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde und der Regierung ist die Fürsorge für den Wohnungsmarkt. Der Ausschuss des deutschen Reichstages hat 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Gewährung von Bauzuschüssen und billigen Darlehen sowie zur Bildung eines Bürgerschaftsfonds bereitgestellt, er hat weiter beschlossen, daß bei dem Mangel an Baustoffen aller Art die baldige Wiederinbetriebsetzung der Baustoffindustrie durch rechtzeitige Entlassung an Arbeitskräften aus dem Heere und Bereitstellung ausreichender Rohlenmengen bringend erforderlich sind. Damit hat der deutsche Reichstagsausschuss eine umfassende Wohnungserstellung nach dem Kriege in die richtigen Wege geleitet. Der Gemeinderat beschloß Maßnahmen zur Steuerung der drohenden Wohnungsnot in Wien, wobei die Regierung zu helfen verpflichtet ist. Diese Hilfe kann ich mir nicht von einer § 14-Regierung erwarten, sondern nur von einer dem tagenden Parlament verantwortlichen Regierung.

Der Redner besprach sodann die Forderungen der Gemeinde an jenen Sachgütern, welche bei der Demobilisierung dem Zivilbedarf der Bevölkerung übergeben werden sollen.